

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa.
Gesamt Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeindevorstandes Gröbba.

Postkassentor Dresden 1530
Stroße Riesa Nr. 52.

Nr. 173.

Donnerstag, 27. Juli 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 32.— Mark ohne Beleglohn. Einzelnummer 1,75 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundstiftzeile (6 Zeilen) 5.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachdruck- und Uebersetzungsgebühren 1,50 Mark. Keine Karze. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag versät, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Verantwortliche Unterhaltungsbeleg: „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Lange & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Dähnel, Riesa; für Anzeigentheil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Amtshauptmannschaft hat nach Befehl des Bezirksausschusses und der beteiligten Kreise Bestimmungen über den Handel mit Milch aufgestellt, die am 1. Juli 1922 in Kraft getreten sind.

Aus den Bestimmungen, auf die hiermit ausdrücklich hingewiesen wird und die bei der Amtshauptmannschaft, dem Stadtrate zu Stadegub und im Gemeindevorstand zu Gröbba einzusehen sind, sind u. a. die folgenden von den Beteiligten zu beachten:

Milch in diesem Sinne ist die zur menschlichen Nahrung bestimmte frische Kuhmilch zu verstehen. Sie darf nicht verfälscht sein und muß einen Fettgehalt von mindestens 2,6% haben. Die Amtshauptmannschaft hat die Möglichkeit, in allen landwirtschaftlichen Betrieben und namentlich in solchen, bei denen der Verdacht der Abgabe minderwertiger Milch besteht, Stichproben bez. Stichproben durch einen besonders hierzu Beauftragten zu entnehmen. Falls diese Stichproben einen unzulässigen Gehalt an Wasser zeigen, so fallen die hierfür entfallenden Kosten diesem zur Last. Außerdem kann Verwarnung bez. Strafe bis zu 1500 M. verhängt werden.

Großenhain, am 22. Juli 1922. 1159 EI. Die Amtshauptmannschaft.

Auszugsweise Bekanntmachung

der am 20. Juli 1922 veröffentlichten und in Kraft getretenen sächsischen Ausführungsbestimmungen zum Reichsgesetz über die Fleischversorgung vom 18. 4. 1922 (R. G. Bl. Teil I, Seite 460).

Die bisher über die Erlaubnis zum Viehhandel erteilten Ausweisarten und Nebenarten verlieren mit Ablauf des Jahres 1922 ihre Gültigkeit. Zuständige Behörde für die Ausstellung ist nach wie vor die Kreisamtsverwaltung.

Für die Schlachtviehmärkte wird der Handel nach Lebendgewicht und der Schlachtwang, dieser jedoch nur für Rinder und Schweine angeordnet. Die Ausstellung des Schlachtscheins liegt dem Erwerber ob. Geschäftsabläufe ohne Schlachtschein sowie Vereinbarungen, die der Schlachtschein nicht enthält, sind unzulässig. Die Schlachtscheine sind kennzeichnend. Ueber die von den Auktionsaufkäufern auf den Schlachtviehmärkten abgeschlossenen Geschäfte sind die Schlachtscheine von den Auktionsaufkäufern auszustellen. Vom 1. August 1922 ab werden nur solche Schlachtscheine anerkannt, die von der Wilhelm- und Vertha von Voornich-Stiftung in Dresden bereitgestellt sind. Die Schlachtscheine sind mit Nebenbezeichnung und Nummern versehen. Je eine Ausfertigung ist spätestens unverzüglich nach Uebernahme des Viehes dem Verkäufer auszubändigen und bis auf weiteres der Landesspreizprüfstelle zu übersenden. Die dritte Ausfertigung hat der Erwerber

mindestens ein Jahr lang aufzubewahren und auf Verlangen den mit der Preisüberwachung beauftragten Behörden und den Ortsbehörden vorzulegen.

Zuständige Behörde für die Genehmigung des Kleinhandels mit Frischfleisch (§ 11 des Reichsgesetzes) ist in Städten mit vereinzelter Städteordnung der Stadtrat, im übrigen die Amtshauptmannschaft.

Es besteht nunmehr für Frischfleisch die Pflicht, die Preise der Waren in der Nähe jedes für die Käufer bestimmten Einganges durch einen von außen deutlich lesbaren, mit Tinte auf Papier geschriebenen oder gedruckten Aufschlag bekanntzugeben. Die Verpflichtung gilt entsprechend für Betriebsstände aller Art.

Zwischenhandlungen gegen die Bestimmungen über Verkauf nach Lebendgewicht und Ausstellung von Schlachtscheinen auf Schlachtviehmärkten, gegen die Bestimmungen über Genehmigungspflicht des Viehhandels und des Handels mit Frischfleisch und gegen die Preisausgangspflicht werden mit Gefängnis eventuell bis zu 3 Monaten und höher oder mit Geldstrafe bis zu 100000 M. bestraft.

Die weiteren Bestimmungen können in den Dienststunden kostenlos von jedermann im Rathaus Zimmer Nr. 4 eingesehen werden.

Der Rat der Stadt Riesa, am 25. Juli 1922. RStB.

Bekanntmachung.

In der Vollstreckungsverordnung vom 9. 4. 07, das Hundewesen in der Stadt Riesa betr., treten folgende Änderungen ein:

a) § 1 lautet hinfort:
Das freie Umherlaufenlassen von Hunden ohne Begleitung ihres Eigentümers oder einer Person, der der Hund gehorcht, ist auf den öffentlichen Straßen und Plätzen der Stadt verboten. Wildige Hunde und wilde Hündinnen dürfen überhaupt nicht frei umherlaufen.

b) In § 5 wird die Strafdrohung von 60 M. auf 600 M. erhöht.
Riesa, am 22. Juli 1922.

Der Rat der Stadt Riesa. RStB.

Der durch die Altershilfen-Sammlung aufgekommene Betrag soll demnächst durch den Wohlthätigkeitsverein Riesa verteilt werden. Alle in der Gemeinde Weida wohnhaften bedürftigen alten Personen, deren Jahreseinkommen die Erwerbslosensätze (Höchstmaß 5100 M. jährlich) nicht übersteigen, haben entsprechend Antrag auf Gewährung einer Beihilfe bis spätestens den 5. August 1922 im Gemeindevorstand zu stellen.
Weida bei Riesa, den 26. Juli 1922. Der Gemeindevorstand.

Vertilgung und Sühnung.

Riesa, den 27. Juli 1922.

Wasserkraft. Wie uns erst jetzt bekannt wird, ereignete sich am Sonntag gegen Abend auf der Elbe in der Nähe des hiesigen Elbbades ein aufregender Vorfall. Zwei junge Leute von hier liefen sich in einem sogenannten Badelboot mit aufblasbarem Segelstromaufwärts treiben. Infolge plötzlichen Gerummelens des Segels schlug das Boot um. Die beiden Insassen versuchten, das Boot hinter sich herziehend, schwimmend das Ufer zu erreichen, wurden aber von der ziemlich starken Strömung fortgerissen, so daß sie sich schließlich an ihr Boot festklammerten und ihrem Schicksal überlassen mußten. Herr Bademeister Große und sein Fähnrich führten den Verunglückten schnellig nach und es gelang ihnen auch, sie einzubolen und in den Kahn aufzunehmen. Der Vorgang, der ohne das schnelle Eingreifen des Herrn Große sehr leicht traurige Folgen haben konnte, wurde auf beiden Ufern von zahlreichen Spaziergängerinnen beobachtet.

Aufgekundene Kindesleiche. Beim Räumen der Aborte im Bahnhofs in Burzen am 19. 7. 22 ist die Leiche eines etwa sieben Monate alten Kindes gefunden worden. Nach ärztlichen Feststellungen liegt die Zeit der Geburt etwa um den 10. Juli 1922. Um den Hals des Kindes ist ein zusammengeknüllter Lappen eingeklemmt gewesen, so daß der Tod durch Erhängen eingetreten sein muß. Etwaige Wahrnehmungen, die zur Ermittlung der Kindesmutter führen könnten, erbittet die hiesige Kriminalabteilung.

Stand der Fleischversorgung Deutschlands. In den „Dresdn. Nachr.“ lesen wir: Auch im Monat Juli sind die Preise für Schlachtvieh aller Gattungen, insbesondere bei Schweinen, weiter erheblich in die Höhe gegangen. Der größte Teil der Bevölkerung ist heute kaum noch in der Lage, die geringen Quantitäten, die während der Kriegszeit unter der Zwangswirtschaft pro Kopf und Woche zugeteilt wurden, zu kaufen. Die Lagen der Lebensverhältnisse über anhaltenden Rückgang des Verbrauchs häufen sich denn auch immer mehr, und in vielen Städten haben die Fleischer beschlossen, nur noch drei Tage in der Woche die Geschäfte zu öffnen, ja vereinzelt hört man, daß die augenblicklich noch vorhandenen Bestände ausverkauft werden sollen, um dann zu schließen. Diese bedauerlichen Zustände führen immer mehr einer Katastrophe entgegen, denn letzten Endes muß bei einer derartig mangelhaften Ernährung im Zusammenhang mit der übrigen Verarmung am Lebensmittelmittelmarkt die Arbeitskraft der wertvollsten Bevölkerung immer mehr nachlassen. Mit diesem Mangel dürfte aber an einen Wiederaufbau Deutschlands kaum zu denken sein. Der günstige Stand der Futtermittelerte und die jetzt einsetzende bessere Beschickung der Märkte mit Weideweid lassen einen Preisrückgang um so mehr gerechtfertigt erscheinen. Wie erheblich die Preise seit Januar d. J. gestiegen sind, geht aus der nachstehenden Aufstellung hervor, und zwar notieren auf den Hauptmärkten Deutschlands pro 100 Pfund Lebendgewicht in Mark:

Rinder	Kälber	Schafe	Schweine
Januar 400—1200	850—1500	400—1000	1000—1800
Juli „ 1800—3800	2400—4800	1500—4000	5500—6800

und auf den westlichen Märkten noch höhere Preise.

U. Erfolgreiche Verurteilung. Das Schöffengericht zu Großenhain hatte am 7. Dezember vergangenen Jahres den Kaufmann Karl Wilhelm Hähnel und dessen Bruder Max Johannes Hähnel wegen Ueberschreitung der Höchstpreise und Preisstreiterei zu 12000 Mark bzw. 6000 Mark Geldstrafe verurteilt, auch auf Einziehung des Uebergewinns erkannt. Es handelte sich um Verkauf von Stroh und Luzerne. Gegen das Urteil legten beide mit Erfolg Berufung ein. Die dritte Ferienkammer erkannte nach erneuter Beweisaufnahme nur wegen schätzbarer Höchstpreisüberschreitung bei Hähnel auf 6000

Mark, bei Böhm auf 3000 Mark Geldstrafe, der errechnete Uebergewinn in Höhe von 8594 Mark wird eingezogen.

Der ist mitschuldig? Das Dresdner Schöffengericht verurteilte den 60 Jahre alten Milchhändler Hermann Wilhelm Lorenz aus Hausdorf wegen Verkaufes stark gewässelter Milch zu 5000 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte hatte in Dresden Milch in den Handel gebracht, die mit einem Drittel Wasser verdünnt war. Daß er diese verbrecherische Handlung selbst begangen, wurde nicht als erwiesen angesehen. Unter großer Heiterkeit im Gerichtssaal erklärte Lorenz nach der Verhandlung: „Nun muß aber auch der Bauer bestraft werden!“

Milchpreisregelung für die Zeit vom 1. bis 15. August 1922 durch den Reichswirtschaftsrat. Der Reichswirtschaftsrat hat die Preisregelung des R. V. in ihrer am 24. Juli 1922 abgehaltenen Sitzung — auf Grund der in letzter Zeit wiederum stark gestiegenen Produktionskosten und der wiederum erhöhten Verwertungsbedürftigkeit der Milch bei deren Verarbeitung zu Butter, Quark und Käse — zwecks Sicherstellung der hierdurch stark gefährdeten Versorgung der Bevölkerung mit Frischmilch beschlossen, die Vollmilchpreisregelung für den Zeitraum vom 1. bis 15. August 1922 wie folgt festzusetzen: Bei Lieferung sauber gemolken, gut gereinigter und gefilterter Vollmilch unverändert wie sie von der Kuh kommt 1. ab Stall an Händler a) im allgemeinen M. 8,80 f. d. L., b) in den Amtshauptmannschaften Delitzsch, Auerbach, Wahren und im Bezirke des Verbandes der Landwirte im Erzgebirge, Amtshauptmannschaften Annaberg, Riesa, Chemnitz, Marienberg, Schwarzenberg, Stollberg, Jwislau, Glauchau, Rochitz, Werdau) je nach Festlegung durch die dortigen Bezirksorganisationen bis zu 15 Prozent mehr oder bis zu M. 10,10 f. d. L., c) für die in Gemeinden mit einer mittleren Ortsbevölkerung von 500 und mehr Meter über dem Meere erzeugte und im Orte als Frischmilch abgesetzte Milch wird die Festlegung der Erzeugerpreise der örtlichen Regelung überlassen. Für in solchen Ortschaften erzeugte Milch, die, einzeln oder in einem anderen Milchwerk im Orte abgegeben oder nach außerhalb verhandelt wird, gelten die unter a) bzw. b) genannten Landespreise. 2. Zuschläge bei Lieferung frei Verlade- bzw. Abgangstation, Molkerei oder Sammelstelle a) bei einer Entfernung vom Gehöft zur Bahnstation, Molkerei oder Sammelstelle bis 5 Kilometer M. —,40 f. d. L., b) dertal über 5 Kilometer je nach Größe der Entfernung bis zu M. —,60 f. d. L., c) sofern die Vollmilch von der Sammelstelle geflößt werden muß M. —,20 f. d. L. 3. bei von einer Landmolkerei erfolgter Lieferung tatsächlich molkeremäßig behandelte, in einwandfreier Beschaffenheit einliefernde Vollmilch frei Abgangstation M. 11 f. d. L. Die Kleinverkaufspreise des Milchhandels ab Laden ergeben sich aus dem Festsetzungspreis frei Stadt (einschl. Eingangsgebühr) zuz. einer Handelsspanne von 25 Prozent in Städten mit weniger als 100000 Einwohner, von 33 1/3 Prozent in Städten mit mehr als 100000 Einwohner. Die Festlegung eines Zuschlages für Lieferung frei Haus bzw. ab Wagen wird örtlich geregelt. Die Kleinverkaufspreise der Landwirte in den Städten sind die gleichen wie die des Milchhandels. Die Preise, in welchen Großhandlörorten die Milchhändler und Erzeuger den Großhandlörpreisen nehmen dürfen, wird von den in Frage kommenden Organisationen der Milchhändler und Erzeuger gemeinsam örtlich geregelt. Die Kleinverkaufspreise der Landwirte ab Stall in ländlichen Gemeinden dürfen bis zu 87 Prozent des vom organisierten Milchhandel der nächstliegenden Stadt festgesetzten Kleinverkaufspreises betragen. Besteht in der nächstliegenden Stadt kein organisierter Milchhandel, darf der Landwirt in ländlichen Gemeinden für die ab Stall stückweise verkaufte Vollmilch den Großverkaufspreis für 1 L. ab Stall zuz. eines Aufschlages von bis zu 15 Prozent desselben nehmen. Im Freistaat

Sachsen haben andere lautende Preise oder Preisregelungen nur dann Gültigkeit, wenn sie vom R. V. genehmigt und in dessen Namen bekanntgegeben sind.

Revolververstecke auf Turnen in Leipzig. Als Mittwoch früh in Leipzig eine Anzahl württembergischer Turner durch die Südstraße in der Richtung auf den Hauptbahnhof marschierte, trat an die Turnen ein Mann heran, der sich später als der angebliche Droppf Hans von Grabow legitimierte. Er rief ihnen zu: Ich bin international, ich will mich mit euch verabern. Da die Turner nicht auf ihn achteten und ruhig ihres Weges zogen, gab er plötzlich aus einem Revolver drei Schüsse auf sie ab; nur durch Zufall wurde niemand getroffen. Der Mann wurde sofort überwältigt und durch hinzukommende Polizeibeamte nach der Wache gebracht. Ob der angegebene Name richtig ist, steht noch nicht fest. Auch ist der Zweck seines Verhaltens noch nicht geklärt. Der Täter schien etwas angetrunken zu sein. Die Ermittlungen werden fortgesetzt.

Der Kraftwagenverkehr an Sonntagen. Die für die Regelung des Kraftwagenverkehrs zuständigen Polizeibehörden sind in den letzten Wochen durch verschiedene Verordnungen des Ministeriums des Innern angewiesen worden, alle die Wege, die Sonntags dem Ausflugsverkehr des Spaziergänger dienen, für den Kraftwagenverkehr zu sperren, und zwar nachmittags von 2—5 Uhr. Außerdem sollen in dieser Zeit Kraftwagen in größeren Städten und deren Umgebungen gehalten sein, nur mit einer Stundengeschwindigkeit von 25 Kilometer zu fahren. Es wird darüber sich die zuständigen Stellen klar, schwer sein, die richtigen Straßen herauszufinden, die für den Durchgang entscheidend sind. Es wird fästen dabei gehen, die schwer auszugleichen sind (man denke an Landstraße usw.). Es soll jedoch im Lande nach einheitlichen Richtlinien vorgegangen werden, deshalb hat das Ministerium des Innern die beteiligten Polizeibehörden, alle Staatsbehörden, die sich mit Kraftwagenbetrieb beschäftigen, sowie Sachverständige und andere Interessenten zu einer gemeinsamen Besprechung im Ministerium eingeladen, die Ende nächster Woche stattfinden wird. Dort werden die Polizeibehörden über die bisher unternommenen Schritte und auch über die bei der Sperren bestimmter Straßen gemachten Erfahrungen berichten. Bekanntlich hat die Reichsregierung keine Meinung, diese schwierige Frage von Reichs wegen zu regeln, und der Reichsverkehrsminister hat bereits im Reichstag ausführlich auf die einem Sonntagsverbot von Kraftfahrzeugen entgegenstehenden Bedenken hingewiesen.

Die Zwifauer Vorgänge. Ueber die Zwifauer Vorgänge gibt der kommunistische Landtagsabgeordnete Grube-Zwifau in dem kommunistischen Blatte „Der Kämpfer“ folgende Darstellung, die in wesentlichen Punkten von den Erklärungen des Innenministers im Bundtage abweicht. „Die Bezahlung der Streiklöhne, die Bildung einer Arbeiterwehr (die aus öffentlichen Mitteln finanziert wird), die Anerkennung des Aktionsausschusses, die Überdienstleistung der Landespolizei usw., war in der Situation, wo im übrigen Reich Ruhe herrschte, ein nicht zu unterschätzendes Ergebnis. Diese Errungenschaften eines isolierten Kampfes beweisen am besten, von wem gutem Geist dieser Kampf getragen wird. ... Wie werden uns ganz entschieden dagegen, als seien die Kämpfe lediglich das Ergebnis einzelner Provokateure. Diese Auffassung zu vertreten, hieße die Diskussion sowohl wie das Kampffeld verschieben. Der Kampf war eine Folge der von der SPD. und USPD. getriebenen Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik. Dieser Teilkampf unterließ sich nicht von den bisherigen Teilkämpfen des deutschen Proletariats. Die Arbeiter haben erkannt, daß die Koalition mit dem Bürgertum in Wirklichkeit Kapitulation vor der Bourgeoisie bedeutet. Die Kämpfe in dem hiesigen „friedlichen“ Zwifauer Wirtschaftsgebiet, wo die SPD. fast un-

auf, er bleibt in Niederlicht, wo Mütter und Söhne in das Krankenhaus St. Georg gebracht wurden.

Eine bedeutende Bilanz.

André Tardieu, der Vertrauensmann Clemenceaus und einer der Väter des Versailler Vertrages, steht in seinem Blatte, dem „Echo National“, anlässlich des dritten Jahrestages der Unterzeichnung die Bilanz des Vertrages, indem er die bis jetzt erfüllten und noch nicht erfüllten Bedingungen derselben einander gegenüberstellt. Bedeutend ist diese Gegenüberstellung nach Tardieu, weil sie beweist, daß die Verträge der Vertragserfüllung mit derjenigen des Ministeriums Clemenceau zusammenfallen, während unter dem Nachfolger dieses Ministeriums die Politik der Vertragserfüllung begonnen habe. Selbst ein Voicars ist ja bekanntlich der Uebernationalen vom Schläge Tardieu und Clemenceau nicht stark genug. Der Zweck der Bilanz ist offenbar, Tardieu ist zweifellos ein gewandter Taktiker und Propagandist. Gegen die Wucht der Realitäten vermag aber seine Kunst und seine Bilanz für den sachlichen Leser nicht weniger als ein Beweis elementarischer Staatskunst, sondern eher ein Beweis für deren Blindheit und Beschränktheit in der Erkenntnis namentlich wirtschaftspolitischer Geleise u. Probleme. Er ist ein Beweis für den Wahnsinn und die Unerfüllbarkeit des sogenannten Friedensvertrages, der „seinen Krieg“ (wie ihn der Tiger nannte) beendet.

Erfüllte Bedingungen.

- 1. Territoriale und politische Klauseln.**
 - Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich.
 - Schaffung einer Saarregierung unter der Souveränität des Völkerbundes und mit einem französischen Präsidenten.
 - Widerrückung der belgischen Neutralität.
 - Rückgabe der Kantone Eupen, Malmedy und Moresnet an Belgien.
 - Aufhebung aller politischen und wirtschaftlichen Bande zwischen Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg.
 - Rückgabe Nordbessarabiens an Rumänien.
 - Schaffung einer tschechoslowakischen Republik.
 - Schaffung der polnischen Republik.
 - Rückgabe Posen und eines Teiles von Ostpreußen an Polen.
 - Schaffung des Freistaates Dänzig.
 - Bereinigung der Gebiete des alten Ungarn mit rumänischer Bevölkerung mit Rumänien.
 - Bereinigung der Gebiete des ehemaligen Oesterreich mit italienischer Bevölkerung mit Italien.
 - Bereinigung der Gebiete des ehemaligen Oesterreich-Ungarn mit jugo-slavischer Bevölkerung mit Serbien.
 - Abtretung des größten Teiles von Oberschlesien an Polen.
 - Aufrechterhaltung eines unabhängigen und von Deutschland getrennten Oesterreich.
 - Wiederherstellung der französischen Botschaft in München.
 - Abtretung aller deutschen Kolonien an die Alliierten.
 - Rückgabe des im Jahre 1911 an Deutschland abgetretenen Kongogebietes an Frankreich.
 - Auteilung von drei Vierteln von Kamerun und Togo an Frankreich.
 - Widerrückung der deutschen Hypothek auf Marokko und Argentinien.
 - Schaffung des Völkerbundes ohne Deutschland.
 - Schaffung des internationalen Arbeitsamtes.
- 2. Militärische und Garantie Klauseln.**
 - Restriktion des deutschen Kriegsmaterials durch die alliierte Kontrollkommission.
 - Widerrückung der deutschen Wehrpflicht.
 - Schließung aller Festungen östlich des Rheins in einer Zone von 50 Kilometern.
 - Verbot des Uebertritts dieser Zone für die deutschen Truppen.
 - Schließung der Festungen Seltz, Landau und Metz.
 - Restriktion der deutschen Kriegsmarine.
 - Widerrückung des linken Rheinuferes und der Weiskampfen und Recht zur Verlängerung dieser Weisung.
- 3. Finanzielle und wirtschaftliche Klauseln.**
 - Erlaß für Güter und Werte, die von den deutschen Armeen beschlagnahmt wurden.
 - Bezahlung von einer Summe von 8 Milliarden Goldmark in bar oder in Natur an die Alliierten auf Reparationskonto.
 - Ueberrahme der deutschen Handelsflotte (430 000 Tonnen an Frankreich) und der Unterseeboote.
 - Unentgeltliche Abtretung aller Staatsgüter in Elsaß-Lothringen.
 - Aufhebung der wirtschaftlichen Abhängigkeit, die Frankreich durch den Frankfurter Vertrag aufgewungen wurde.
 - Einstufige Zollfreiheit auf die Dauer von fünf Jahren für Elsaß-Lothringen.
 - Bereinigung der Eisen von Strassburg und Rehl unter einem französischen Direktor auf die Dauer von sieben Jahren.
 - Ausschluß der deutschen Interessen bei der Ausbeutung elsass-lothringischer Bodenschätze.

Widerrückung von Eigentum der Saarsteingruben an Frankreich.

Pollensität zwischen Frankreich und dem Saargebiet. Einsetzung der Entschädigungsämter für die Regelung der Verwaisung.

Entschädigungsbestimmungen für das internationale Transportwesen.

Nichterfüllte Bedingungen.

- 1. Allgemeine und politische Klauseln.**
 - Bericht auf die Qualität der Kriegsverbrechen.
 - Widerrückung des Geleiseprojektes, welches den Saareinwohnern erlaubt haben würde, Franzosen zu werden.
 - 2. Militärische Klauseln.**
 - Nichtausführung der Artikel über die Verabsiegung des deutschen Exerces auf 100 000 Mann.
 - Nichtausführung der Waffen durch die Zivilbevölkerung.
 - Nichtausführung der Polizeiformationen, die eine Verletzung des Vertrages bedeuten.
 - Weiterbestehen der Reserveoffiziere und der Aushebungsbüros.
 - 3. Finanzielle und wirtschaftliche Klauseln.**
 - Nichtausführung des Artikels 218, der den Alliierten eine Erbschaft auf alle deutschen Staatsgüter einräumt.
 - Nichtausführung des § 19 des Anhangs II, Teil 8 über die Priorität der Reparationsforderung gegenüber allen inneren deutschen Ausgaben.
 - Nichtausführung desselben Paragraphen, der vorschreibt, daß der deutsche Steuerzahler mindestens ebensolche Steuern entrichten muß als der am meisten belastete alliierte Steuerzahler.
 - Nichtausführung des Artikels 241, wonach die Alliierten von Deutschland Änderungen von Gesetzen und Verordnungen fordern können.
 - Nichtausführung des Artikels 235, wonach Deutschland vor dem 1. Mai 1921 20 Milliarden Goldmark bezahlen sollte.
 - Nichtausführung des Artikels 232, wonach die Schuld Deutschlands gleich sein soll der Gesamtsumme der Schäden an Sachen und Personen.
 - Nichtausführung des § 19 des Anhangs II über den Erlaß von Geldzahlungen durch Naturalleistungen.
 - Unvollständige Ausführung des Anhangs 3 des 8. Teils betreffend die Kohlenlieferung und Verminderung der von Deutschland zu liefernden Kohlenmengen.
 - Unvollständige Ausführung der Deutschland auferlegten Viehlieferungen.
 - Unzureichende Ausführung des Anhangs 4 des 8. Teils über die Naturalleistungen für die zerstörten Gebiete.
 - Abweichung der durch Artikel 17 und 18, Anhang II, Teil 8 vorgesehenen wirtschaftlichen-finanziellen und anderen Sanktionen.
 - Nichtausführung des Zahlungsplanes vom 5. Mai 1921.
- Tardieu hat recht, wenn er schreibt: Kommentar überflüssig! Der Schandvertrag benötigt wirklich keinerlei weiterer Kommentare als die Bilanz Tardieus, durch die er besser gekennzeichnet wird, als durch alle übrigen. Namentlich die nicht erfüllten wirtschaftlichen Bestimmungen sind sprechende Beweise für den Wahnsinn des Vertrages. Für den objektiven französischen Leser müssen die Bilanzen aber auch das Gegenteil ihres Zweckes herbeiführen, daß nämlich unter dem Ministerium Clemenceau die Klauseln des Vertrages sich erfüllten, die sich nach dem Zusammenbruch der Zentralmächte unter Zwang und Drohung beinahe automatisch erfüllen mußten und konnten, daß dagegen seine Nachfolger vor der unerfüllbaren Aufgabe gestellt wurden, nach dem politischen Gewalttauche und nach der Vergewaltigung von Nationen Wirtschaftspolitik zu machen, die sich nicht messern ließen, die aber in blinder Hast und Wadstier von Tardieu, Clemenceau und Konstantinopel vor den Augen der französischen Wirtschaftsimperialisten gesponnen wurden. Voicars ist wirklich nicht der Mann, der Clemenceau an Willen zur Durchführung des Vertrages nachsteht. Seinem Willen gebietet aber heute ein mächtiger Fakt: derjenige des Wirtschaftsmechanismus, in dessen Räder auch die französischen Gewaltpolitiker nicht ungekräft eingreifen dürfen.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 27. Juli 1922.

Der Selbstmord des Oberleutnants Stillefried.
 Berlin. Der Tod des Oberleutnants Stillefried in Schöneberg ist jetzt dahin aufgeführt, daß tatsächlich ein Selbstmord vorliegt. Der dadurch erklärt wird, daß die Frau des Majors von Verede sich weigerte, ihren Mann zu verlassen und Stillefried zu folgen.

Die Finanzabänderung der Londoner Konferenz.
 Paris. „Leit Parisien“ schreibt: Man erklärte in offiziellen englischen Kreisen gestern abend, daß die Konferenz zwischen Voicars und Lloyd George weit mehr hinausgeschoben werden könne, als man zuerst angenommen habe. Man wisse auf die Bedeutung hin, die die britische

Regierung der Anwesenheit der italienischen Delegierten bei den bevorstehenden Verhandlungen betresse. Man erinnere daran, daß die letzte italienische Krise über drei Wochen zu ihrer Beilegung brauchte, und daß es unmöglich sei, das gegenwärtige Interregnum lange dauern zu lassen. Außerdem erklärte man, daß es vorzuziehen sei, Staatsmännern, die an diesen Verhandlungen teilnehmen sollen, etwas Ruhe nach den letzten parlamentarischen Arbeiten zu gönnen. Man spreche deshalb von Anfang September als den wahrscheinlichsten Zeitpunkt des Zusammentritts der Konferenz. Es sei sehr leicht, Deutschland ein zeitliches Moratorium für die unmittelbaren Zahlungen zu bewilligen. In der Zwischenzeit hätte man Ruhe, die Verhandlungen auf einer breiteren und sichereren Grundlage vorzubereiten, als der, die im letzten Augenblick der Bericht des Garantenausschusses an die Reparationskommission liefere.

Amerikanischer Einfuhrverbot für Weine und Liköre.

Paris. „Chicago Tribune“ meldet aus New York: Die Vereinigten Staaten verboten die Einfuhr von Wein und Likören auch für medizinische Zwecke solange, bis die im Lande vorhandenen Vorräte gänzlich aufgebraucht sind.

Eine Sitzung des Bankenausschusses Anfang September.

Paris. „Chicago Tribune“ behauptet, Viscount Morgan habe auf eine inoffizielle Anfrage der französischen Regierung aus England mitgeteilt, er sei bereit, der Sitzung des Bankenausschusses in Paris Anfang September beizuwohnen. Das französische Kabinett glaube, daß die alliierte Kontrolle der deutschen Finanzen eine ausgezeichnete Grundlage für die Anleihe sei und ein viertes Moratorium die Klärung der politischen Atmosphäre gewährleisten werde.

Die Arbeitslosigkeit in England.

London. „Daily Chronicle“ schreibt: Die Regierung beschloß gestern abend, unverzüglich eine Sonderkommission einzusetzen, die das Problem der Arbeitslosigkeit neuerdings untersuchen und die Möglichkeit weiterer Hilfsmaßnahmen prüfen soll. Mehrere führende Kabinettsmitglieder werden der Kommission angehören, die sich nicht nur mit der gegenwärtigen Lage, sondern auch mit der im Winter zu erwartenden Verschlimmerung der Arbeitslosigkeit befassen wird.

London. In der Maschinenbauindustrie ist eine Krise eingetreten. Die von den Arbeitgebern vorgeschlagene Lohnherabsetzung wurde bei einer Abstimmung mehrerer Maschinenarbeitervereinigungen, die 300 000 Mitglieder zählen, abgelehnt.

General Townshend in Ungarn eingetroffen.

Konstantinopel. General Townshend ist vorgestern abend in Ungarn eingetroffen. Der General sollte gestern eine Unterredung mit Mustafa Kemal haben. Der Befehliger General Townshend, Mur Ebdin Paşa, ist ihm während seines 14-tägigen Aufenthaltes als Begleiter beigegeben.

Eine Entschickung des Nationalrats von Cypern.

Lima (Cypern). Der Nationalrat von Cypern hat einstimmig eine Entschickung angenommen, in der erklärt wird, es sei der einseitige Wille des Volkes, sich mit dem Mutterlande Griechenland zu vereinigen. Die englischen Seerestoren sollen gewahrt bleiben und die endgültige Entscheidung durch eine Volksabstimmung erfolgen.

Bermischtes.

Wagelunwetter im Siekreis. Nach einer Mitteilung der „Königlichen Zeitung“ richtete das Hagelunwetter am 22. Juli in einem großen Teil des Siekreises verheerende Schäden an. Von der Ernte, die als betriebsfähig bezeichnet worden war, sind bis zu 50 Prozent und mehr vernichtet. Besonders haben die Palmfrüchte gelitten.

Ein „Spah“ in Sing-Sing. Ein graumäher „Spah“ hat in Sing-Sing, dem New Yorker Staatsgefängnis, furchtbare Folgen gehabt. Ein Japaner Taroichi Soefuma, der zu 10 Jahren verurteilt worden war, wurde von seinen Gefängniscollegen zum Gegenstand einer Verurteilung gemacht, die freilich durchaus im Verbrechercharakter lag. Man sagte Soefuma einige Tage nach seiner Ankunft, der Richter hätte sich „mit ihm einen Weg gemacht“. In Wirklichkeit sei er gar nicht zu 10 Jahren Gefängnis, sondern zum Tode verurteilt worden. Einem Rechts würden die Helfer kommen und ihn ganz im Geheimen zur Hinrichtung führen. Als Soefuma auf den Heim ging und große Angst zeigte, legten die andern den graumäher Spah fort, malten ihm die Schrecken des elektrischen Stuhls eindringlich aus und beschreiben ihm, wie er sich in Todesqualen winden werde, wenn der elektrische Strom durch seinen Körper laufe. Einem Tages weigerte sich der Unglückliche plötzlich, sich auf seinen Stuhl am Mittagstisch zu setzen und schrieb, daß das der elektrische Stuhl sei, mit dem man ihn hinrichten wolle. Er weigerte sich von nun an, sich überhaupt zu setzen, und ariet in Tobstucht, sodas er in eine Irrenanstalt überführt werden mußte.

Die goldene Brücke.

Ein Roman aus der Wiederkehrzeit von Anna Wotho. Amerikanisches Copyright 1918 by Anna Wotho-Mahn, Leipzig.

40. Fortsetzung. Nachdruck verboten.
 „Nein, du geliebter, einziger Mann. Und was du liebst, ist ewig dein,“ sprach mir unser Richter aus dem Herzen. Was ich dabei zurückließ, bleibt dennoch mein. Niemand vermag es mir zu rauben, weil ich es so tief im eigenen Herzen trage — ich und betend die neue Heimat grüßen und betend und in Liebe der alten gedenken.“
 „Mein geliebtes, mein angebetetes Weib,“ flüsterte Eberhard, Dorichen heiß in die Arme schließend. „Nun bist du ganz mein und nichts kann uns mehr trennen.“
 Die Weigentöne verklungen und um das junge Haupt Emanuel Geibels wob die Abendsonne einen Glorienschein. Mit klingendem Spiel fuhr das weiße Schiff in den Hafen von Piräus ein.

„Mehr als zwei Jahre waren verfloßen. In der Bauerei Apotheke ging alles seinen gewohnten Gang. Herr Wengler, obwohl ganz weiß geworden, regierte nach wie vor seine Untergebenen und hielt ihnen erbauliche Reden, über die sie lachten, wie ihre Vorgänger auch darüber gelacht hatten.“

An dieses Stelle schaffte eine jüngere Kraft mit Eifer und Geschick, und die Tanten griffen wie in früheren Jahren tatkräftig ein. Niemand wehrte ihnen. Nicht nur wie in den ersten Jahren von Bederechts neuer Ehe erschienen sie zum Familienglück in der unteren Etage, sondern sie nahmen wieder an jeder Maßnahme teil. Das kleine Marienchen hatte sich lebhaft an die Tanten angeschlossen und trug mit seiner Neugierde manchen Sonnenstrahl in das Altungerskindchen von Bederechts alten Schwestern.

Bederecht von Bauer, wie er jetzt blieb, wenn auch durch alle Geschicknisse auf das Schmerzliche im Innern verwundet, war der Aufrechte, Stolze, Starke geblieben. Fast noch königlicher schien er mit seiner Herrscherweise und der imposanten Gestalt. Hier und da hatte sich zwar in sein dunkelblondes Vordenhaar ein Silberfaden geschlungen, aber das Antlitz des nun Dreißigjährigen war frisch wie das eines ganz Jungen, die blauen Augen blühten herrlich, oft mit leinem Spott, aber die Menschen hin. Sie sollten,

ne durften nicht sehen, daß Bederecht ein tiefes Weh in der Brust trug.

Ganz zerrissen war seine Seele seit dem furchtbaren aller Tage, an dem Henriette ihm offenbart, daß sie ihn erwählt, weil er ihr die goldene Brücke bot, nach der ihr Sinn stand, obwohl sie Andreas liebte. Innerlich gedrohen hatte ihm, mehr als er sich selbst zugehören mochte, des einzigen Sohnes gewaltsames Scheiden und Dorthens Flucht aus dem Vaterhaus.

Zum ersten Male in seinem Leben war Bederecht Bauer in sich gegangen und hatte sich gefragt:

„Wer trägt die Schuld?“

Und riesengroß war sein eigenes Schuldbewußtsein vor ihm aufgewachsen, und es gab Tage, wo er mit aufgehobenen Händen vor dem Bild seiner ersten Gattin stand und aus tiefstem Herzensgrunde bat:

„Gib mir, vergesse mir!“ Ihm war dann immer, als neige sich das Bild ihm zu, als grüßte ihn sonnig auftrahlend die leidverlorenen Augen. Und ein tiefes Sehnen wuchs in ihm nach seinem fernen Kinde, nach Dorthen, mit den lauten, klugen Augen der Mutter.

Aber Bederecht von Bauer war nicht der Mann, sich von solchen Eindrücken wandeln zu lassen. Nie las er, was Dorthen schrieb. Immer schob er ihre zahlreichen Briefe Henriette zu, und wenn sie ihm dann etwas erzählte, oder vorlesen wollte, so genigte eine einzige Bewegung seiner Hand und Henriette verstumte.

Henriette beantwortete die Briefe und mahnte Dorthen zum Ausbrennen und zur Geduld. Der Sinn des Vaters mußte sich ja wenden. Sie selbst fühlte, wie viel weicher er gegen Dorthen geworden war, wenn er es auch äußerlich nicht zeigte.

Henriette seufzte schwer bei diesen Grübeleien. Würde sich jemals sein Herz ihr gegenüber wandeln?

Seit dem Tage, wo sie ihm schonungslos, im maßlosen Sämerg um Andreas, die ganze Wahrheit ins Gesicht gescheuert, war er zu ihr wie ausgekauft.

Niemals dort, reich voll harter Güte, breitete er ihr nach wie vor die Hände unter die Füße. Doch innerlich fand er nie mehr den Weg zu der von ihm einst angebeteten Frau. Niemals schloß er sie wie früher stürmisch an sich, niemals mehr küßte er ihre weißen Hände. Neben- einander gingen sie her, dabei jeder heimlich auf des anderen Herzschlag lauschend.

„Der Tod trennt uns für immer,“ dachten sie beide,

Henriette war eine völlig andere geworden.

Ihr lag nicht mehr daran, eine schöne, gefeierte Frau zu sein. Ihr Salon war noch immer in Berlin berühmt. Vornehme, geistig hochstehende Menschen suchten ihn, und nachdem Bauer gedenkt, der König von Preußen ihn bei jeder Gelegenheit auszeichnete, und er oft an den Hof besohlen wurde, war auch viel Adel im Bauerschen Hause zu finden. Henriette wurde gefeiert und umschwärmt, aber ihr war die Freude daran vergangen. Unbewußtlich ernst und ganz unnahbar war sie geworden. Die entsetzungs- volle Trauer lag es auf ihrem zarten Gesicht.

Man fand das ganz natürlich nach den Schicksals- schlägen, die das Bauersche Haus getroffen. Dorthens Entlohnung — Dewig hatte sich mit einer sehr reichen Fabrikantentochter getraut —, ihre Flucht aus dem Eltern- haus, die romantische Debat und der tragische Tod des einzigen Sohnes, gaben schließlich genug Anlaß zur Traurigkeit.

Bederecht Bauer wollte davon nichts wissen. Darum mochte er auch die Gesellschaft im Hause nicht missen, nachdem die erste Trauerzeit vorüber war. Die Menschen brauchen nicht zu wissen, daß seine Seele litt.

Ob Henriette litt, danach fragte er nicht. Sie mußte eben sehen, wie sie mit sich fertig wurde.

Reidvolle Jahre waren es, die Henriette durchlebte.

Bederecht merkte wohl ihr Verstreuen, gut zu machen. Er fühlte, daß sie nur für ihn da war, auf sein Wohl bedacht, wie schwer sie daran trug, daß er ihr wegen den einzigen Sohn verloren — oder war er selbst etwa mit- schuldig? Er fand es ganz selbstverständlich, daß sie die schwere Last auf sich genommen. Genau wie Henriette, so hatte seine verlorene Frau Eufanna auch um ihn geklagt und gebittet, und er hatte ihr nicht gegeben, rein gar nichts. Warum sollte es Henriette besser haben, als Eufanna?

Nein — so war es nicht. — Hatte er jemals soviel Güte und Barmherzigkeit für Suschen gehabt? Hatte er ihr jede Maßmaß abgenommen, von der er trotz seiner äußerlichen Gleichgültigkeit Henriette stets entlastete?

„Ich habe Suschen eben nicht geliebt,“ dachte er dann sinnend, aber er fühlte den Gedanken nicht zu Ende — ob er Henriette noch liebe.

So viel Mühe sich Henriette gab — er blieb innerlich für sie unnahbar. Da stammte Henriettes Stolz empor — sie wurde hart, kalt und kumm, und wie zwei Fremde gingen sie oft wochenlang nebeneinander her.

Die Ware steigt ständig weiter. Ich rate meinen Kunden, jetzt einzukaufen.

Aus diesem Anlass bringe ich in einem Fenster am Albertplatz
recht vorteilhafte Angebote in

Seidenstoffen!

Beachten Sie in Ihrem Interesse die Preise!

Sie sparen wirklich viel Geld!

H.
Lohmann Nachf.

Zentral- Lichtspiel-Theater Gröba.

Heute unwiderruflich letzter Tag: Lucie
Doraine in ihrem köstlichen Lustspiel: „Der Gekrüppel“.

Freitag bis Montag Fortsetzung des amerikanischen Sensationsfilms:
Das große Spiel 4. und letzter Teil:
Die Vergeltung.
Ferner als Lustspiel: **Er kennt in der Liebe keine Grenzen.**
Hauptrolle: Harold Lloyd.
Vorführungen 7 und 9 Uhr. Einlass 7 Uhr. — Sonntag ab 4 Uhr.
Um gütigen Zuspruch bittet die Besizerin Anna Jach.

Kammerlichtspiele

Nur noch heute: „Quellen des Hasses“.
Ab morgen Freitag bis Montag:
„Der rote Handschuh“
6. und letzter Teil:
Der Triumph des Wildwestmädels
Hauptrolle: Mary Wolcamp
der Liebling des Publikums!
Ferner:
„Die Tänzerin auf dem Jugendpfad“
Hier ganz tolle Akte.
Hauptrolle: Erika Gläher, die größte
Filmmusikantin Deutschlands.
„In Künstlerkapelle!“
Anfang 7 Uhr. Kassenschluss 9 Uhr.
Um recht regen Besuch bittet
der Besitzer R. Wares.
Achtung! Voranzeige!
In nächster Zeit:
„Dr. Mabule, der große Spieler“.
Eine Großtat deutscher Filmkunst in zwei
Teilen zu je 10 Akten. Nach dem def.
Romane aus der Berliner Illustrierten
Zeitung von Thea von Harbou.

**Do kauft
Opusinesz**

für Milch- und Mehl-
speisen, Saucen, Kakao,
Tee, Puddings, Kuchen,
Torten, Eis und als Zusatz zu solchen einprä-
glichen Früchten, die nur ein schwaches Aroma
haben, wie z. B. Apfelgelee, Marmelade etc. ist

**Dr. Oetker's
Vanillin-Zucker**

Hiermit kann man den Speisen und Getränken
auf die einfachste Weise den feinen Vanillin-
Geschmack und das köstliche Vanillin-Aroma
geben. Vielfach wird nun sog. Vanillin-Zucker
zu vielleicht etwas billigerem Preise ange-
boten, der jedoch einen so geringen Vanillin-
Gehalt hat, daß Geschmack und Aroma schon
beim Lagern in den Geschäften
sich verflüchtigt hat.
Man achte daher beim Einkauf darauf,
daß man nur

Dr. Oetker's Fabrikate
mit der Schutzmarke
„Oetker's Heilkopf“
erhält.

Bereinsnachrichten

Gemütlichkeit Riesa (M. S.). Sonntag, 30. 7., Aus-
flug n. d. Rabnataal. 2 Uhr Trinitatiskirche.

Bandonion-Konzert.

Sonnabend, 29. 7., findet im Schützenhaus
Nachfeier
statt. Wir laden unsere Mitglieber, sowie
Freunde und Gönner herzlich ein. Karten
können beim Dirigenten entnommen werden.
Musikverein „Harmonie“.

Gasthof Nünchritz. Ballmusik.

Gebrauchte Risten

zu kaufen gesucht.
Offerten mit Preisangabe an
Leonhardt & Krüger, S. m. b. H., Großenbain.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
beseitigt
Aufkrol
sicher u. schmerzlos
in Apotheken u. besseren Drogerien erhältlich.
Gegen Fußschweiß und Wundläufen Mukrol-Fußbad!
Central-Drogerie Oskar Förster.

Für die Glückwünsche und Geschenke an-
lässlich unserer Silbernen Hochzeit sagen
wir allen herzlichsten Dank.
Röderau, 25. Juli 1922.
Hermann de Coster u. Frau.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten
anlässlich unserer Verlobung danken zu-
gleich im Namen der Eltern herzlichst.
**Hedwig Winkler
Alwin Risse.**
Leutewitz/Pahrenz-Weida
im Juli 1922.

**Pfarrer Wolfgang Denecke
Anni Denecke geb. Schmidt**
Bermählte
Gröba Dobenstein-Ernstthal
27. Juli 1922.

Gut vorgerichtet. Herrenräder
wie neu, und Summi noch billig zu verkaufen bei
L. Winkler, Hauptstraße 73. 1.

Besteiten
**Schweins-
topf**
empfiehlt
Nikolaus Gutmann
Daußstraße 41, r.

Pa. Schweinstöpfe
neue große Kartoffeln,
10 Wb. 50 M., Kirschen,
Geißelbeeren, Pils,
Kefel und Birnen,
Weißkraut
empfiehlt **St. Roch.**

**Feine harte
Kirschen**
zum Einfehen.
Pfund nur 8 und 8 M.,
empfiehlt
Carl Bohlmann
Goethestr. 39. Tel. 715.
Morgen früh
frische Seefische.
Clemens Bürger.

**Mischung
Moccasan**
25% Bohnenkaffee
75% feinsten Kaffee-Ertrag
verbürgt Reinheit und
guten Kaffeegeschmack.
1/2 Pfund M. 50.00
1/4 Pfund M. 25.00
Rieser Kaffeeerbkwert
Adolf Bormann
Wettinerstr. 25. Tel. 444.

Falläpfel
kauft jeden Posten und
holt selbst ab
**Weinkellerei
Lichtensee.**
Fernspr. Amt Gröbzig 22.

**Herlei
Heilkräuter**
werden zu höchsten Preisen
eingekauft. Montag bis
Freitag von 2-7, Sonn-
abend von 2-5 Uhr.
**Baracke 32,
Zrennpfanz Seibahn.**

Gasthof Gröba.
Weihnacht
Marionetten-Theater.
Dir.: Fam. H. Wünsch.
Freitag 8 Uhr
Wiederholung von
Grete Beier.
Hierauf: Variété.
Sonnabend abend 8 Uhr
Jugendvorstellung:
**Das Zwergenschloß
bei Wolkenstein.**
Hierauf ein
Verwandlungs-Ballett.
Neu! Original!
Sonntag 3 Uhr
Bibi und der Gänsekönig.
Abends 8 Uhr
**Das Zwergenschloß
bei Wolkenstein.**
Anschließend Variété.
Das Stück hatte dank
seiner guten Handlung,
gepaart mit köstlichem
Humor, bei unserer Auf-
führung in Leipzig einen
ganz besonders durch-
schlagenden Riesenerfolg.
Die heutige Nr. umfasst
6 Seiten.

Möbl. Zimmer
von anständigen Herrn
zu mieten gesucht.
Anged. m. Preisangabe
u. K. V. 9210 a. Zahl. Riesa.
Für 2 jährl. solchamen
Anaben wird liebevolle
Pflegemutter
für sofort oder spät. ge-
eignete Vergütung gesucht.
Offert. nach Gröba, West-
straße 10, 2. links, erbet.

Mädchen
nicht unt. 17 J., zur Auf-
wartung für den ganzen
Tag gesucht. **Paul Dothe,**
Gröba, Oststraße 22.
Junges Mädchen als
Aufwartung
für den ganzen Tag zur
Reinigung der Geschäfts-
räume und für häusliche
Arbeiten gesucht. **Coffe,**
Goethestraße 1.
Jungeres, sauberes, ebrl.
Hausmädchen
für sof., spätest. 15. Aug.
gesucht. **Sohre, Albert-
straße 11.**

**Tüchtiger
Tischlergeselle**
für Bauarbeit und bessere
Möbel, mögl. selbständiger
Arbeiter, für sof. gesucht.
Fritz Mura,
Möbel- und Bautischlerei
mit Kraftbetrieb,
Neu-Weida.

Bei Lungen- und Halsleiden
verlangen Sie kostenfrei Sanitäts-Rat Dr. Weis's
Trostküre über Bronchitis-Daustur
Dr. Gebhard & Cie., Berlin W. 35, Potsdamerstr. 104.

Suche sofort oder später
2 tüchtige
Schneidergehilfen.
Albert Schröder,
Trebitz, Hauptstraße.

Sped.-Arbeiter
welcher mit Werden um-
gehen kann, wird sofort
gesucht. **W. Guntlich.**

Ein Dobermann
zu verkaufen.
Karl Hofmann, Gröba,
Zammweg. Tel. 462.

Weinflaschen
aus Privat- u. Tagespreisen
zu kauf. gef. Sole selbst ab.
Offerten unter H V 9209
an das Tageblatt Riesa.

Ackerpflug
mit Subeb. u. Krimmer
zu verk. **Lichtenfee 46.**
Einige 1000 gebrauchte
Mauerziegel
Türen und großes Tor
zu verk. **Daußstr. 35.**
Gebr. Kleiderstranz
zu verkaufen. Zu erfagen
im Tageblatt Riesa.

Metallbetten
Stahlmatr., Kinderbetten
diz. an Weid. Rat. 497 frei.
Bismarckstr. 30a (Gröb.).

**Leiterwagen
Tafelwagen
Kastenwagen
Kuchendeckel
Bäckerschieber
Treppenleitern
Malerleitern**
empfiehlt
**Döllscher
am Schlachthof.**

Bernichtet
werd. **Rüchen-Ruffen**
säßer wie
Schwaben, Amellen usw.
samt Brut m.
üblich. **„Eider“**, 1 Dose
15 M. zu haben: **Zentral-
Drogerie, Riesa (Eibe).**
An Stelle von Vinoleum
auf alte, ausgelaufene Die-
lung zu verlegen habe noch
Parkettfußboden
in verschiedenen Stärken
und Holzarten abzugeben.
Döbener Parkettfabrik
Julius Gebhler,
Döbeln, Am Bahnhof,
Telefon 275.

Der bayerische Landtag zum Leoprechting-Prozess.

Im bayerischen Landtag kamen am Mittwoch die Interpellationen der Bayerischen Volkspartei und der Bayerischen Mittelpartei, betreffend die Feststellungen im Leoprechting-Prozess, zur Behandlung. Die Verhandlungen waren teilweise recht kühn. Abg. Graf Vekaslissa (Bayerische Volkspartei) begründete die erste Interpellation. Eine Wiederkehr so schwerer Mißstände müßte in Zukunft vermieden werden. Die bayerische Regierung werde der Reichsregierung mit aller Deutlichkeit zu erklären haben, daß sie sich eine derartige Ueberwachung in Zukunft nicht mehr gefallen lasse.

Abg. Dr. Roth (Bayerische Mittelpartei) begründete die zweite Interpellation, die sich auf das Verhältnis Leoprechtings zum französischen Gesandten in München bezieht.

In der Beantwortung der Interpellationen erklärte Ministerpräsident Graf Verdenfeld, was den Fall des französischen Gesandten Dard betreffe, so spreche die völkerrechtliche Übung dagegen, die Person eines Gesandten in die Debatte zu ziehen. Er vermöge daher die ihn betreffenden Fragen nicht näher zu beantworten und halte sich aus Gründen der internationalen Beziehungen nur für befugt mitzutellen, daß er in dieser Sache entsprechende Schritte beim Auswärtigen Amt unternommen habe und daß er bei den in Rede stehenden Verhandlungen die Interessen Bayerns und des Reiches mit Entschiedenheit wahren werde. Wichtig sei, daß die französische Regierung sowohl in Berlin wie auch in München wegen des Verfahrens im Leoprechting-Prozess vorstellig geworden sei. Was die Tätigkeit Leoprechtings gegenüber einzelnen Stellen des Reiches betreffe, so habe das Gericht einstimmig die Ueberzeugung gewonnen, daß es Leoprechting in weitestgehendem Maße erlaube, das Vertrauen einzelner Beamter und Berichterstatter in Berlin zu gewinnen. Wie weit dies beim Grafen geschah, habe das Gericht als seiner Beurteilung entzogen bezeichnet. Es habe ferner festgestellt, daß Leoprechting von Reichsstellen, zu denen er in Beziehungen trat, Nachrichten erhalten habe, deren Kenntnis für Frankreich von Bedeutung war. In einem Fall liege der Nachweis vor, daß er eine Denkschrift über Oberschlesien alsbald an Frankreich weitergegeben habe. Mit Bezug auf die Reichsregierung als solche habe das Gericht die Ueberzeugung zum Ausdruck gebracht, daß der Reichskanzler und die sonstigen Spitzen der Berliner Behörden sich mit der Person des Angeklagten überhaupt nicht befaßt haben. Die Ergebnisse des Prozesses ließen keinen Zweifel darüber, daß einflußreiche Beamte der Reichspressstelle und des preussischen Staatskommissariats sich Leoprechtings bedient haben, um geheime Nachrichten über die politischen Verhältnisse in Bayern zu erhalten. Im Ergebnis laufe ein solches Verfahren auf eine politische Ueberwachung Bayerns hinaus. Die Regierung habe schon Anfang März energische Schritte bei der Reichsregierung und der preussischen Regierung eingeleitet.

Im Dezember 1921 seien die Besiehungen des Staatskommissariats zu Leoprechting abgebrochen worden, weil sich seine Berichte als in hohem Grade unzuverlässig erwiesen hätten. Die preussische Regierung habe damals offiziell erklärt, daß alle dem preussischen Minister des Innern unterstellten Dienststellen die strikte Weisung erhalten haben, sich jeder Einmischung in die Verhältnisse eines anderen Landes fernzuhalten. In der Folgezeit seien der bayerischen Regierung wiederholt von amtlichen Berliner Stellen Berichte über Bayerns politische Verhältnisse übermittelt worden, die sich durchgehend als tendenziös entstellten, wenn nicht gar als erfunden erwiesen hätten. Die bayerische Regierung hat den Reichsminister des Innern ersucht, ihr stets den Namen des Verfassers der Berichte mitzuteilen, der Reichsminister hat das auch zugesichert. In der letzten Zeit seien der bayerischen Regierung übrigens solche Berichte nicht mehr zugegangen. Leider seien in der Folgezeit die Anweisungen des preussischen Ministers des Innern aufeinander von verschiedenen preussischen Amtsstellen in Berlin nicht befolgt worden. Anfang Juli d. J. sei in München ein Privatagent festgestellt worden, der auf Veranlassung eines Beamten des Berliner Polizeipräsidiums in der Untersuchungslage gegen die Wörder Rathenaus tätig war. Außerdem sei bekannt, daß ein Vertreter des Oberreichsanwalts mit einer Anzahl Berliner Kriminalbeamten in München weilte. Es habe befremdet müssen, daß der Oberreichsanwalt nicht irgendeiner Münchener Behörde eine Mitteilung machte und entgegen den bestehenden Vorschriften außerbayerische Beamte mit nach München brachte. Die bayerische Regierung habe ihre Gesandtschaft in Berlin beauftragt, in den neuerlich festgestellten Fällen selbständigen Vorgehens auswärtiger Polizeibeamten die nötigen Aufklärungen zu verlangen und den Standpunkt der Regierung nachdrücklich zu vertreten. Das Ministerium des Innern hat angeordnet, daß jede unsüßliche Tätigkeit von Polizeipersonen auf bayerischem Gebiet, wenn nötig durch Festnahme, abgestellt und jeder hier betroffene Spion verhaftet wird. Weiter teilte der Ministerpräsident mit, daß eine offizielle Stellungnahme der Reichsregierung zu dem Schreiben der bayerischen Staatsregierung auf eine Ueberwachung des Grafen noch nicht erfolgt sei. Der bayerischen Regierung sei dieser Schritt unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht leicht geworden. Wenn auch die politischen Vorgänge dazu geführt haben, daß für Graf Rech die Voraussetzungen für eine erprobliche Tätigkeit in München als nicht mehr vorliegend erachtet werden können, so müsse er doch betonen, daß nicht der geringste Grund vorliege, die persönliche Ehrenhaftigkeit des Grafen Rech irgendwie in Zweifel zu ziehen.

In der anschließenden Interpellationsdebatte beschuldigte Abg. Wermann (Soz.) die Interpellanten, insbesondere den Grafen Vekaslissa, daß sie den Leoprechting-Prozess in gebührender Weise gegen die Reichsregierung ausnutzen. Graf Verdenfeld selbst habe zugeben müssen, daß das Urteil gegen Leoprechting über Beziehungen zwischen diesem und Reichsstellen nicht festgestellt habe. Es bestehe auch keine Berechtigung zu der Behauptung, daß Spitzen der Reichsregierung irgendwie mit Leoprechting direkt oder indirekt in unmittelbarer Fühlung gestanden hätten. Es sei Tatsache, daß das Gerichtsurteil keinen Anhaltspunkt dafür ergab, daß der Reichskanzler irgendwie dem Angeklagten ein geeignetes Ohr geschenkt habe. Warum hat das Gericht nicht den beschuldigten Berliner Beamten Gelegenheit gegeben, sich zu den Behauptungen des vom Gericht als pathologischer Lügner bezeichneten Angeklagten zu äußern? Die Rechte hege heute gegen die Reichsregierung, in einem Augenblick, wo es besser sei, diese Dinge zu unterlassen. Hat die Rechte einmal einen Haß gegen jemand, dann wendet sie alle Mittel an. (Große Unruhe und Zwischenrufe rechts.) Dem Ministerpräsidenten sei zu danken, daß er durch seine Ausführungen nicht noch dazu beigetragen habe, die Atmosphäre weiter zu vergiften. Die Kardinalfrage laute jetzt so: Wie kommt es, daß die französische Regierung gerade München als Sitz für die Unterminierungsbestrebungen der Reichsregierung ausbeutet? Weder stellt dem Grafen Verdenfeld das Zeugnis aus, daß er alles getan habe, um gute Beziehungen zwischen Bayern und dem Reich herzustellen. Er habe aber die schwere Belastung nicht bestritten, die ihm nach der Ermordung Rathenaus auferlegt wurde. Er hätte nach seiner

Die bayerische Verordnung verfassungswidrig.

Die Reichsregierung zum Vorgehen Bayerns.

WTB. meldet: Die bayerische Regierung hat durch ihre Verlegung, das am 21. Juli 1922 verkündete Reichsgesetz zum Schutze der Republik innerhalb des rechtsrheinischen bayerischen Staatsgebietes durchzuführen und durch den Erlass einer landesrechtlichen Verordnung, die das Reichsgesetz ersetzen soll, einen folgenschweren Schritt getan. Zum ersten Male seit der Gründung des Reiches ist damit der Zustand eingetreten, daß eine Landesregierung einem verfassungsmäßig zustande gekommenen Reichsgesetz für ihr Gebiet die Geltung verweigert. Nach der einstimmigen Auffassung der Reichsregierung ist die Verordnung der bayerischen Regierung verfassungswidrig und ungültig. Kein Satz der Reichsverfassung gibt einem Lande das Recht, das Inkrafttreten eines Reichsgesetzes deshalb zu verhindern, weil es bei einem Teil der Bevölkerung auf Widerspruch stößt. Würde man einem Lande diese Befugnis ausstrecken, so würde dies das Ende der deutschen Rechts einheit bedeuten. Das Reichsgesetz zum Schutze der Republik ist vom Reichsrat als Vertretung der überstaatlichen Bestätigung des Reiches mit mehr als Zweidrittel-Mehrheit angenommen worden. Für das Gesetz haben im Reichsrat alle Landesregierungen mit Ausnahme Bayerns gestimmt. Im Reichstag ist das Gesetz gleichfalls mit Zweidrittel-Mehrheit beschlossen worden. Nicht nur das Zentrum, die Sozialdemokraten und die Deutsch-demokratische Partei, sondern in ihrer großen Mehrheit auch die Deutsche Volkspartei haben im Reichstag dem Gesetze zugestimmt. Die bayerische Regierung hat bei den Abgeordneten ausgiebig Gelegenheit gehabt, ihre Bedenken auf verfassungsmäßigem Wege zur Geltung zu bringen und einer ganzen Reihe ihrer Wünsche ist bei der Erarbeitung des Gesetzes Rechnung getragen worden. Es darf nicht davon gesprochen werden, daß das Gesetz zum Schutze der Republik die in der Verfassung begründeten Grundzüge wahrer Demokratie verleihe und den Tendenzen zur Einrichtung einer Klassenherrschaft und des sozialistischen Einheitsstaates entgegenkomme. Dieser Vorwurf muß um so nachdrücklicher zurückgewiesen werden, als er sich nicht nur gegen die Reichsregierung und gegen ihrer Verantwortung für Reich und Verfassung sich bewußte große Parteien, sondern auch gegen alle anderen deutschen Regierungen richtet. Es ist nicht anständig, daß ein einzelnes Land sich dem verfassungsmäßig erklärten Reichswillen des deutschen Volkes entzieht. Unter schwer gedrücktes Vaterland, das jedoch erst heftige innere Erschütterungen zu überwinden begann, ist durch den Schritt der bayerischen Regierung neuen Gefahren ausgesetzt. Die Reichsregierung behauert dies um so mehr, als die außenpolitische Lage des Reiches gerade gegenwärtig ein einmütiges Zusammengehen von Reich und Ländern zur Pflicht macht. Aufgabe der Reichsregierung ist es, die Reichseinheit wiederherzustellen. Die bayerische Regierung hat durch den Mund ihres Ministerpräsidenten ein lazes und feiges Bekenntnis zum Reiche und zur verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform abgelegt. Sie hat mit besonderer Betonung alle Bestrebungen, die in den von ihr getroffenen Maßnahmen eine Abkehr von den zu allen Zeiten fest eingehaltenen Reichstreue erbilden wollten, als völlig fehlgebend bezeichnet. Auf Grund dieses Bekenntnisses erwartet die Reichsregierung, daß die bayerische Regierung sich den Forderungen nicht entziehen wird, welche die Reichsregierung im Interesse der Einheit des Reiches zu stellen genötigt sein wird.

Ein Kompromiß?

Der für gestern nachmittag angekündigte Kabinettdrat unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten ist auf heute vormittag verschoben worden. Er wird über die in der Rundgebung der Reichsregierung erwähnten an Bayern zu richtenden Forderungen Beschlüsse fassen. Wie die „Völkische Zeitung“ meldet, hat man es gestern in unterrichteten Kreisen für wahrscheinlich gehalten, daß der Reichspräsident von sich aus Schritte zur Beilegung des Konfliktes tun werde und zwar in der Form, daß der Reichspräsident nicht unmittelbar von seinem Rechte, die Aufhebung der bayerischen Verordnung zu fordern, Gebrauch machen werde, sondern daß er der bayerischen Regierung den Weg zeige, der sie selbst wieder auf den Boden der Verfassung zurückführen könne. Dem Blatte zufolge wird von München bereits angedeutet, daß sich ein Kompromiß auf der Grundlage schließen lasse, daß Bayern einerseits den Widerstand gegen das Gesetz zum Schutze der Republik aufgibt, die Reichsregierung andererseits das Zustandekommen des Reichsgerichtshofes einen besonderen bayerischen Senat einrichtet und später beim Inkrafttreten des Reichskriminalgesetzes eine besondere bayerische Abteilung. Es wird angefügt, daß Graf Verdenfeld nach Berlin kommen werde, um mit der Reichsregierung darüber zu verhandeln.

ten Forderungen Beschlüsse fassen. Wie die „Völkische Zeitung“ meldet, hat man es gestern in unterrichteten Kreisen für wahrscheinlich gehalten, daß der Reichspräsident von sich aus Schritte zur Beilegung des Konfliktes tun werde und zwar in der Form, daß der Reichspräsident nicht unmittelbar von seinem Rechte, die Aufhebung der bayerischen Verordnung zu fordern, Gebrauch machen werde, sondern daß er der bayerischen Regierung den Weg zeige, der sie selbst wieder auf den Boden der Verfassung zurückführen könne. Dem Blatte zufolge wird von München bereits angedeutet, daß sich ein Kompromiß auf der Grundlage schließen lasse, daß Bayern einerseits den Widerstand gegen das Gesetz zum Schutze der Republik aufgibt, die Reichsregierung andererseits das Zustandekommen des Reichsgerichtshofes einen besonderen bayerischen Senat einrichtet und später beim Inkrafttreten des Reichskriminalgesetzes eine besondere bayerische Abteilung. Es wird angefügt, daß Graf Verdenfeld nach Berlin kommen werde, um mit der Reichsregierung darüber zu verhandeln.

Nach dem „Vorwärts“ ist die Erklärung der Reichsregierung nicht nur platonisch zu werten, sondern sie hat auch ihre bedeutsamen Folgen. Denn nachdem die bayerische Verordnung für rechtsungültig erklärt worden ist, kann kein Reichsbeamter zu ihrer Ausführung irgendwelchen Widerstand leisten. Auch alle Verfügungen, die von bayerischen Behörden auf Grund der rechtsungültigen Verordnung getroffen werden, sind selbst als rechtsungültig zu betrachten. Wie der „Vorwärts“ weiter meldet, ist der Reichstagspräsident Loebe, der zeitweilig von Berlin abwesend war, wegen der gespannten politischen Lage am Mittwoch nach Berlin zurückgekehrt, um mit der Reichsregierung über eine event. Einberufung des Reichstages Besprechungen zu führen. Der Reichstag muß einberufen werden, falls ein Antrag auf Rückgängigmachung der bayerischen Verordnung durch den Reichstag von einer Partei eingebracht wird. Wie es dem Blatte zufolge heißt, wollen die Unabhängigen einen derartigen Antrag stellen. — Der Reichstagspräsident wird am Freitag zusammentreten, um ebenfalls über die Einberufung des Reichstages zu beraten.

Zum Rücktritt des bayerischen Handelsministers.

Amtlich wird aus München mitgeteilt: Alle Nachrichten und Gerüchte über eine Erweiterung der Koalition oder über Verhandlungen darüber, sowie die Meldungen über die bereits erfolgte oder in Aussicht stehende Belegung des Justizministeriums bzw. Handelsministeriums sind falsch. Es haben bis jetzt weder noch der materiellen noch nach der persönlichen Seite irgendwelche Besprechungen darüber stattgefunden.

Den Münchner Blättern zufolge sind auf Grund der bayerischen Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten der „Völkische Beobachter“ in München auf drei Tage und der „Nießener Anzeiger“ auf einen Tag verboten worden.

Die Meldungen über einen Generalstreik verfrüht.

Zu der Berliner Meldung, über angebliche Vorbereitungen des Aktionsausschusses für die Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei betr. einen eventuellen Generalstreik wegen der Abänderung Bayerns von den Reichsstaatsverträgen des übrigen Reiches erklärt die „Münchener Post“, daß hierzu nicht der mindeste Anlaß gegeben sei. Selbstverständlich hat die Leitung der Sozialdemokraten so gut wie die jeder anderen Partei das Recht, in einer außerordentlichen Lage in Beratungen einzutreten. Was man aber hier als Ergebnis derselben schon im Voraus verkünden zu dürfen glaubt, ist ein lediglich der Stimmungsmache und der Provokation dienendes gefährliches Spiel mit dem Feuer.

Das Reichsgericht soll entscheiden.

In verschiedenen Berliner Blättern wird in Sachen des Konfliktes zwischen Bayern und dem Reiche die Forderung erhoben, daß eine Entscheidung des Reichsgerichts über die Ungültigkeit der bayerischen Verordnung herbeigeführt werden möge.

Eine Verordnung des thüringischen Kultusministeriums.

Im Anschluß an die verschiedenen scharfen Verordnungen zum Schutze der Republik hat das thüringische Ministerium für Volksbildung einen dringenden Erlass an die Studierenden und Hochschullehrer der Universität Jena erlassen, der den Inhalt, daß es allen Uniprivatelehrern, Assistenten, Studierenden, Beamten, Angestellten und Arbeitern der Universität sowie der Kliniken verboten ist, Abzeichen der verbotenen Vereinigungen oder sonstige monarchistische (schwarz-weiß-rot) oder andere antirepublikanische Abzeichen zu tragen, sowie an Verhandlungen, Umzügen und anderen Kundgebungen, die sich gegen die Republik richten, teilzunehmen. Im Falle der Zuwiderhandlung haben Hochschullehrer und Beamte die Einleitung eines Disziplinarverfahrens unter sofortiger vorläufiger Enthebung von ihrem Amt, soweit sie Assistenten, Angestellte und Arbeiter sind, Entlassung zu gewärtigen. Zuwiderhandelnde Studierende können ungeachtet der verwirkten höheren Strafen von der Universität verwiesen werden.

Die englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten in der Reparationsfrage.

„Petit Parisien“ schreibt in einem Artikel über die englischen und französischen Tendenzen in der Reparationsfrage, in London wie in Paris scheine man zu der Ueberzeugung zu gelangen, daß man nicht länger auf den Bestand der Vereinigten Staaten warten dürfe, aber in diesem Falle gewissenhaft die Rechte Amerikas vorbehalten müsse. Aber es gebe gewisse Schwierigkeiten. Aus englischer Seite schein man noch dazu zu neigen, diese Operation, deren Kosten England fast allein tragen werde, von gewissen Bedingungen abhängig zu machen. Man dränge die englische Regierung zum Beispiel, als Austausch für den Schuldverlaß, Frankreich zu bestimmen, sich zu einer Pazifizierung zu verstehen, das heißt nicht nur auf die Sanftionen zu verzichten, sondern auch eine Art Erleichterung in der Bezahlungsmethode des linken Rheinufers zu gewähren oder sogar eine halbe Räumung. Auf französischer Seite schein man dem diametral entgegen. Man bleibe tatsächlich überzeugt, daß der kaum verhältliche Bankrott Deutschlands weniger den 1400 Millionen Goldmark Zahlungen an die Reparationskommission, die seit Mai 1921 erfolgt seien, zuzuschreiben sei, als der verhängnisvollen Politik der deutschen Industriellen. Wenn Frankreich einer Verabredung der Schuldschiffer zustimme, werde es umso schärfere Kontrollmaßnahmen fordern. Es sei beispielsweise nicht überraschend, wenn die französische Regierung den Vorschlag machen würde, die am 5. Mai 1922 angenommenen Reserven zu befestigen, die es dem Garantieanspruch verbieten, direkt in die deutsche Verwaltung einzugreifen, und ihn dadurch jeder wirksamen Aktion zu berauben. Die beiden Standpunkte scheinen also noch weit voneinander entfernt zu sein. Sie seien übrigens auch noch nicht endgültig auseinandergerückt worden.

ganzen bisherigen Haltung daran festhalten müssen, daß die republikanischen Schutzesetze unbedingt auch in Bayern durchgeführt werden. Die gestrigen Erklärungen des Ministerpräsidenten seien auch eine Kapitulation vor der Diktatur der Straße gewesen.

In einer persönlichen Bemerkung wandte sich Abg. Graf Vekaslissa (Bayerische Volkspartei) dagegen, daß er das Urteil gegen Leoprechting gebührend gegen Berlin ausgenutzt habe. Hierauf wird die Weiterberatung auf Nachmittag vertagt.

Aus der stellenweise sehr kühnen Debatte der Nachmittagsung sind noch hervorzuheben die Ausführungen des demokratischen Abgeordneten Dr. Dier, der erklärte, daß diese ganze Debatte weder Bayern noch Deutschland etwas nütze, sondern nur dem lauernden Auslande Freude mache und daß die Zwietracht immer schlimmer werde. Wie soll sich denn das Ausland besser zu uns stellen, wenn wir im Innern ein solches Bild der Herrlichkeit bieten. Der Ministerpräsident Graf Verdenfeld nahm ebenfalls nochmals das Wort und erklärte, in der Frage der Abberufung des Grafen Rech könne der Ministerrat erst Stellung nehmen, wenn die Antwort aus Berlin eingetroffen sei. Aus der Anschauung der bayerischen Staatsregierung, daß eine Grundlage für eine erprobliche Tätigkeit des Grafen Rech in München nicht mehr gegeben sei, ergebe sich ohne weiteres die notwendige Folgerung für alle Beteiligten.

Frankreich und Bayern.

Wie die Lexionia erzählt, hat die französische Regierung bei der bayerischen Regierung Beschwerde darüber erhoben, daß über die Verbindung zwischen Leoprechting und der französischen Gesandtschaft öffentliches Gerücht gelaufen werde und daß man diese Dinge nicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt habe. Die bayerische Regierung hat beschloffen, gegen die französischen Nachrichten in Süddeutschland Beschwerde zu erheben und die Abberufung des französischen Gesandten in München zu fordern.

Ein scharfes Dementi.

Von amtlicher Seite wird der Telegraphenunion berichtet: Für die ebenso nichtwürdige wie dumme Debe, die von gewissen Kreisen gegen die deutsche Reichsregierung betrieben wird, ist ein Telegramm bezeichnend, das ein rechtsstehendes Berliner Blatt gestern abend aus München veröffentlicht. Darin wird behauptet, die Reichsregierung arbeite einen Gelegenheitsaus aus, der den Studenten jede politische Betätigung verbiete. In einem weiteren Befehlentwurf sollen die Universitätsprofessoren bei der Strafe der Entlassung gezwungen werden, zu lehren, daß die Republik die einzig richtige und vernünftige Staatsform sei. Nach der Meldung soll der Präventionsvorstand der Bayerischen Volkspartei in einer öffentlichen Landtagsdebatte erklärt haben, daß diese Befehle bereits in Vorbereitung seien. Es genügt, diese frechen Lügen niedriger zu hängen.

Die Reparationskommission
hat dem Pariser „Journal“ zufolge am Dienstag eine ordentliche Sitzung abgehalten, sich aber nur mit der österreichischen Frage und mit der Schwantung-Frage, aber nicht mit der Frage des Moratoriums beschäftigt. Der Bericht des Garantienausschusses wurde nicht vor Freitag fertiggestellt sein. Seine Erörterung werde nicht vor Montag beginnen.

Fransösischer Protest gegen die Regelung des Sachlieferungsverfahrens.

Aus Paris wird gemeldet: „Journé Industrielle“ teilt mit, daß die im beratenden Ausschuss für die deutschen Sachlieferungen vertretenen Industrie-Verbände beim Minister für die besetzten Gebiete gegen die von der Regierung beabsichtigte Regelung des Sachlieferungsverfahrens offiziell Protest erhoben haben. Es handelt sich dabei um die Zoll- und Organisationsfrage. In einem Protestschreiben, das von der Journé Industrielle veröffentlicht wird, heißt es: Nachdem Deutschland die Fabriken des Nordens und Ostens im Krieg systematisch zerstört hat, wird es dieses Zerstörungswerk dadurch fortsetzen, daß es die wiederaufgebauten oder erhalten gebliebenen Fabriken derselben Gebiete zur Arbeitslosigkeit zwingt. Die gelehrten Arbeiter werden anderswo Beschäftigung suchen müssen und wir werden bald den Ruin der keramischen Industrie des Nordens und Ostens erleben. Wir sind also der Ansicht, daß vor Durchführung der Sachlieferungen ein Programm aufgestellt werden müßte, das die Art und Menge der keramischen Produkte, die z. B. in den nächsten 12 Monaten für den Wiederaufbau Verwendung finden sollen, festlegt, und daß ebenso für jede Warenart eine Mindestmenge der französischen Industrie vorbehalten bleiben müßte, um sie am Leben zu erhalten.

Das englische Unterhaus zur Haager Konferenz.

Im englischen Unterhaus eröffnete Sir Ormsby die Debatte über die Haager Konferenz. Er sagte, die ersten Vorschläge der Russen seien unannehmbar gewesen, aber die Kommission sei bisher für weitere Vorschläge nicht geschlossen. In den letzten Tagen sei ein bemerkenswerter Fortschritt in der Haltung der Russen zu verzeichnen gewesen. Es sei kein festes Angebot gemacht worden, aber die Russen hätten sich bereit erklärt, ihre Regierung zu ersuchen, eine Politik in Erwägung zu ziehen, die die formelle Anerkennung der Schulden und die Schadenerschaftspflicht einschließe. Die Entscheidung der Kommission sei von der Annahme ausgegangen, daß die russische Regierung sich die Vorschläge ihrer Vertreter zu eigen machen würde. Diese Vorschläge seien aber als großer Fortschritt warm zu begrüßen.

Die Regierung von Stresemann bis Crispian.

In einer Versammlung des deutschdemokratischen Parteiausschusses in Hamburg erklärte laut „Volk. Zeitung“ der Abgeordnete Petersen, eine Verklärung der Koalition nur nach links sei innen- und außenpolitisch nicht erträglich. Bei der Deutschen Volkspartei sei eine Schwärzung zur Politik der Mitte festzustellen. So habe sich die Schwerkraft des Rheinlandes und Westfalens für die Republik erklärt. Stimmte heute nach dem Worte an Rathenau, daß die Nordtuage, die Rathenau traf, auch die Monarchie endgültig tötete. Einer Regierung von Stresemann bis Crispian, hinter der der größte Teil des deutschen Volkes und auch ein Teil des deutschen Kapitals steht, werde das Ausland in der Anleihefrage viel mehr Vertrauen entgegenbringen.

Phantastien über deutsche Hebangebvorbereitungen.

Dem „Berl. Tagebl.“ wird aus Paris gemeldet: Der Sonderkorrespondent der „Daily Mail“ in Berlin, G. Ward Price, legt seine Artikel über die angeblichen deutschen Vorbereitungen für einen Revanchekrieg fort. Ein hoher Offizier habe diesem Herrn gesagt, daß zwar im Augenblick Deutschland einen Krieg nicht führen könne, daß aber in fünf Jahren die Lage ganz anders sein werde. Ein Krieg gegen Frankreich werde die volle Einigkeit unter den Deutschen wieder herstellen, habe nach kurz vor seiner Ermordung Dr. Rathenau gesagt. Der Korrespondent erzählt sensationelle Geschichten über deutsche Erfindungen für die Kriegszuführung. „Unsere Geschütze werden in Zukunft nicht viel mehr sein als Pfeil und Bogen“, habe der erwähnte hohe Offizier gesagt, der offenbar über eine fruchtbarere Phantastie verfügt. Dieser militärische Sachkenner hat angeblich das Gewicht erwähnt, daß die deutschen Gelehrten einen neuen elektrischen Apparat erfunden hätten, der auf große Entfernungen Munitionsmagazine in die Luft sprengen und ganze Ortsteile verbrennen könne. Der Korrespondent der Daily Mail hat, wie es scheint, mit Nutzen die Romane seines großen Landsmannes Wells gelesen, der diesen neuen elektrischen Apparat und seine verheerende Wirkung bereits vor 10 Jahren ganz genau geschildert hat, nur daß ihn nicht die deutschen, sondern die Warschauer erfunden haben. Herr Price steht sorgfältig in die Zukunft. Er konstatiert mit Bedauern, daß der Vertrag von Versailles die Konstruktion von Kriegsgeschützen, aber nicht die Erfindung neuer Hochdruckmaschinen verhindern könne. Er glaubt, daß den deutschen Gelehrten und Ingenieuren so leicht kein Ding unmöglich ist. Ein großer Ingenieur hat ihm gesagt, daß man jetzt versuche, die stärkste Kraft im kleinsten Raume zu konzentrieren. Zu welchem anderem Zwecke könnte das dienen? Um einen Krieg vorzubereiten! Diese methodische Verächtlichkeit Deutschlands bedeutet trotz ihrer lächerlichen Einzelheiten eine gewisse Gefahr. Wenn in einer großen englischen Zeitung tatsächlich in fetten Buchstaben zu lesen ist: „Deutschland und der kommende Krieg“, dann kann eine Einwirkung auf die öffentliche Meinung nicht ausbleiben. Aus diesem Grunde darf die Sensationsmeldung des famosen Herrn Price auch jetzt nicht unwiderlegt bleiben, so wenig wie sie sonst Beachtung verdient.

Zweiter internationaler Friedenskongreß.

Am Dienstag wurde in London in Anwesenheit von 500 Delegierten, die 20 Nationen vertreten, der 2. internationale Friedenskongreß eröffnet. Dieser erklärte als Vertreter der britischen Regierung in seiner Rede, das Hauptziel der britischen Politik sei die Erhaltung des Friedens. Es sei höchste Zeit, daß ein wirklicher Fortschritt auf dem Wege des internationalen guten Willens gemacht werde. Die Welt müsse von der Last der Rüstungen befreit werden, damit mindestens während einer Generation ein neuer großer Krieg unmöglich sei. Der König sandte an den Kongreß, dessen Sitzungen am Freitag ihren Abschluß finden sollen, ein Begrüßungsgramm. Der Kongreß ernannte vier Kommissionen, eine für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas, eine für den Völkerbund, eine weitere für die auswärtige Politik und schließlich eine für aktuelle Angelegenheiten. Darauf fand eine nichtöffentliche Sitzung statt.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.
Ehrlische und unehrlische Eisenbahner. Im Laufe des vergangenen Jahres sind in Erfurt und Magdeburg un-

endlich viele Diebstähle von Eisenbahnbeamten und Eisenbahnarbeitern aufgedeckt worden. Demgegenüber veröffentlicht die Eisenbahndirektion nun auch amtlich die Namen der Beamten und Arbeiter, die in ihrem Dienstverhältnis Wertgegenstände und Geldbeträge gestohlen und abgeliefert haben. Die Liste der Ehrlichen für den Monat Juli umfaßt 100 Namen. Besonders wird hervorgehoben, daß Beamte nicht nur sehr hohe Beträge — in einem Falle bis zu 240000 Mark —, sondern auch ganz geringe Werte, 10 Mark und weniger, zur Anzeile bringen und abliefern. Die Liste beweist ferner, daß in den deutschen Eisenbahnen täglich unendlich viele Geldtaschen und Brieftaschen mit Inhalt, Schmuckstücken usw. von den Reisenden vergessen werden.

Zur Neubildung des Zentrums. Der 1. Vorsitzende der deutschen Zentrumspartei, Marx, veröffentlicht einen Aufruf, der sich für die große christliche Partei der Mitte einsetzt und in dem es heißt: Wir brauchen eine starke Partei, die durch Klarsicht, Galtung und Zusammenfassung eintritt. Diese Partei muß die Ideen der neuen Zeit verkörpern, ohne das Gut der alten Zeit, wie Staatskraft, staatsstreuer Beamtentum, reaktionäre Wertepreisungen. Diese Partei muß die großen sozialen Aufgaben der Gegenwart meistern, die Trennung nach Klassen überwinden, die Stände und Konfessionen zu aufeinander politischer Arbeit zusammenführen. Sie muß treu zur Verfassung stehen und ihre Wurzeln in allen Landesteilen Deutschlands haben. Bei den nächsten Wahlen soll eine größere Anzahl nicht-fachpolitischer Kandidaten aufgestellt werden, ohne Rücksicht darauf, ob diese eine entsprechende Anzahl von Wählern ihres Bekenntnisses hinter sich haben. Die Zentrumspartei ist eine deutsche Verfassungskraft, die weder vor den Grenzen einer Konfession, noch einer Klasse, noch eines Staates, noch eines Landes haltmacht.

Der sächsische Ministerpräsident und der Generalsekretär der amerikanischen Handelskammer in Berlin besuchten am Mittwoch die Mitteldeutsche Ausstellung in Magdeburg. Sie äußerten sich sehr lobend über das Gebotene und versprachen, die Ausstellung innerhalb ihres Wirkungsbereiches zu unterstützen.

Waffenkuche in Jena. Am Dienstag erschien bei der Polizeikommission in Jena eine Entente-Kommission in Begleitung eines deutschen Verwaltungsoffiziers und eines Beauftragten des thüringischen Ministeriums. Sie erklärte, eine Anzeige erhalten zu haben, nach welcher in einem hiesigen Expeditionsgeschäft große Mengen Waffen und Munition verborgen gehalten würden. Bei der in Gegenwart der Kommission vorgenommenen Untersuchung wurde nichts Befriedigendes gefunden.

Die 48-stündige Arbeitszeit wurde vom Arbeitgeberverband der papierverarbeitenden Industriellen in Berlin für die papierverarbeitende Industrie nach einem dreiwöchigen Streik erlassen und im Reichstarkevertrag für das deutsche Buchbindergewerbe und verwandte Berufsgruppen festgelegt, nachdem ein Schiedsgericht im Reichsarbeitsministerium einen dahingehenden von beiden Parteien angenommenen Schiedspruch gefällt hat.

Neubestellungen für August

zum Besage des Rieser Tageblattes durch die Post oder durch die Zeitungsträger sind sofort zu bewirken, damit die Zubereitung der Zeitung ab Ersten pünktlich einsehen kann.

Aus der Deutschnationalen Partei. Dienstag fand im Reichstag eine Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion statt, in der die Spaltungserklärungen innerhalb der Fraktion und in der Partei zur Sprache gebracht wurden. In der sehr bewegten Aussprache kamen die Befürchtungen darüber zum Ausdruck, daß seit dem Rathenau-Mord besonders im Westen des Reichs die Parteioptionen erheblich abnehmten, und zwar zugunsten der Organisation der Deutschen Volkspartei. Die Beratungen brachten nicht die erwünschte Klärung. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Großhändler Nikolai Nikolajewitsch in Bayern? Nach der „Volk. Ztg.“ soll der ehemalige Oberbefehlshaber der russischen Armee Großhändler Nikolajewitsch, der sich bisher in Italien aufhielt, nach Bayern übergedreht sein, wo sich auch andere führende Persönlichkeiten der russischen Reaktion aufhalten.

Die Lohn erhöhungen der mitteldeutschen Vergarbeiter. Auf dem Wege freier Vereinbarungen sind in den mitteldeutschen Bergwerken folgende Lohn erhöhungen vereinbart worden: In den Feuerwerken erhalten alle männlichen Arbeiter eine Schichtzulage von 55 M. Die jugendlichen und die weiblichen Arbeiter erhalten eine solche von 31,20 M. pro Schicht. Lehrlinge erhalten einen Schichtlohn von 190 M. Auf den Randrevieren beträgt die Erhöhung 90 Prozent der vorgenannten Höhe. Das Hausstandsgehalt erhöht sich um 2 M., das Abwergeld um 1,50 M. Die Vereinbarungen treten am 1. August 1922 in Kraft unter der Voraussetzung, daß der Schiedspruch für den Ruhrbergbau inzwischen von den Parteien angenommen worden wird und auch für verbindlich erklärt wird.

Die angebliche Ernennung Brodorsky-Rankaus. Die Meldung von der bevorstehenden Ernennung des Grafen Brodorsky-Rankau zum Botschafter in Moskau beruht auf Kombinationen. Wie von zuständigen Stellen verlautet, ist diese Ernennung entgegen anderslautenden Meldungen für Graf Brodorsky-Rankau weder nachgesucht noch erteilt worden.

Fehlerte im Westen. Aus Berlin wird gemeldet: Infolge der großen Trockenheit von Mai bis Mitte Juli ist im weiten Gebiet des Westens eine Fehlerte zu verzeichnen, die besonders in großen Teilen der Rheinprovinz und der bayerischen Pfalz zu Notständen führte. In Berücksichtigung dieser Verhältnisse verfügte das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft nach einer Besprechung mit den zuständigen Landesstellen eine wesentliche Ermäßigung des ursprünglich festgesetzten Getreideumlagebetrags für die preussische Rheinprovinz, für die bayerische Pfalz und für Niederbayern.

Die „vorläufige“ Arbeitslosenversicherung. Ein neuer Regierungsentwurf zur Reichsarbeitslosenversicherung ist kürzlich dem Reichswirtschaftsrat und dem Reichstag zugegangen. Er will die Erwerbslosensicherung, die heute hauptsächlich vom Reich allein getragen wird, endlich auf die tragfähigeren Schultern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer abwälzen, wobei natürlich Reich, Staat und Gemeinden auch weiterhin Zuschüsse zu leisten haben. Der Entwurf enthält eine ausföhrliche Vorgeschichte der Arbeitslosenversicherung, die man auch als eine Geschichte mißglückter Wäune und Experimente bezeichnen könnte. Auch der neue Lösungsvorschlag, der sich von vornherein vorsichtigerweise nur als ein vorläufiger bezeichnet, wird, wenn er überhaupt Verwirklichung findet, noch mancherlei Änderungen bedürfen. Reichsrat, Reichswirtschaftsrat und Reichstag können sich also im Herbst an diesem schwierigen aller sozialpolitischen Probleme die Zähne ausbeihen.

Dollarkurs. Der Dollar notierte Mittwoch mittags an der Berliner Börse 514, Prag wurde mit 1150 genannt.

Italien.
Strahlenkämpfe in Ravenna. In Ravenna hat die seit einigen Tagen herrschende Spannung zwischen den Faschisten und den extremen Linksparteien, Kommunisten,

Republikanern und Sozialisten am Mittwoch zu außerordentlich blutigen Straßenkämpfen mit zahlreichen Todesopfern geführt. Die Kommunisten hatten Verstärkungen vom Lande erhalten und den offenen Kampf gegen die Faschisten aufgenommen. Hierbei wurden durch drei Bomben mehrere Personen verletzt. Ein Faschist wurde zu Tode gebrüht. Als die Wutgeier eskalierten, kam es zu regelrechten Straßenkämpfen, die über eine Stunde lang andauerten. Die jetzt wurden sieben Tote und sieben Schwerverletzte gezählt.

Kürzel.
Ausstellungen gegen die Franzosen in Syrien. Wie die Londoner Blätter ausairo melden, wurden in Syrien nach Bekanntgabe der Bekätigung des französischen Mandats durch den Völkerverbund 34 französische Soldaten, darunter zwei Offiziere, getötet.

Rußland.
Zur Bewirtschaftung der Geste wurde als besonderer Bevollmächtigter Scheinman ernannt. Zu seinem Stellvertreter wurde Leskawa, Vertreter des Volkskommissars für Außenhandel, bestimmt. Aus allen Gegenden wird über energisches Einholen der Geste berichtet. — Laut Meldungen des allrussischen Zentralvolkswirtschaftsausschusses sind in den hungernden Gouvernements im Wolgagebiet dank der Hilfe des Auslandes jetzt ungefähr 80 Prozent der Hungernden versorgt worden. Seit Mai ist eine Vermehrung der Zahl der Speisebullen zu verzeichnen. Mit Rücksicht darauf, daß der Ernteertrag sehr vermindert ist, wurden alle drei hungernden Gouvernements in drei Gruppen nach dem Grade ihrer künftigen Bedürftigkeit eingeteilt.

England.
Duffschiffdienst nach Indien. Das „Berl. Tagebl.“ berichtet aus dem Haag: Die große englische Petroleumgesellschaft Shell und die Firma Wickers legten der englischen Regierung einen Vorschlag zum Betriebe eines Duffschiffdienstes für Post und Passagiere nach Indien vor. Der zu verwendende Schiffstyp soll 5 Millionen Kubikfuß groß sein, 80 englische Meilen pro Stunde zurücklegen und 200 Passagiere tragen. Die Reisezeit ist auf 3 1/2 Tage festgelegt.

Amerika.
Die Eisenbahnen unter behördlicher Kontrolle. Wie die „Times“ aus New York meldet, wurden die Eisenbahnen unter behördliche Kontrolle gestellt. Nach einer anderen Meldung hat Harding eine Kommission ernannt, die die Verteilung der verfügbaren Kohlenvorräte überwachen soll.

Bermischtes.

Ein sizilianischer Brigant. Der Name Turi Kapifarda ist jetzt auf den Lippen aller Bewohner Siziliens. Turi Kapifarda, ein zweiter Rinaldo Kinaldi, ein echter sizilianischer Bandit, wurde von der Polizei neun Jahre lang verfolgt. Dieser Tage hat (he ist endlich erwisch) die Sizilianer wollen ihren „Leiden“ gern wiederhaben und hoffen auf die Gnade des Königs von Italien, die ihn vor der Todesstrafe bewahren soll. — Turi Kapifarda war ein Befehlshaber der Schwärmen und Verdrückten, kein Bandit im gewöhnlichen Sinne des Wortes. Die italienischen Blätter ergeben sich in romantischem Ton über die Taten des Räubers. Auf hohem Ross durchsagte er jahrelang das Land, um die Menschen zu plündern. Er schonte dabei weder Dolch noch Nagel und hielt die Bevölkerung stetig in Aufregung. Alle Mädchenführer verstand er zu zwingen, daß begangene Unrecht durch den Ehering zu sühnen. Sobald er von einer Entführung vernahm, war er schon zu Ross dem Entführer auf den Fersen und brachte das junge Mädchen oder die junge Frau in ihr Heim zurück und lehrte den Entführer seinen Dolch kennen. Doch alle seine Vorgänge galten nichts in den Augen der Volkstheer des Gesetzes, die ihn gerade ergriffen, als er in einem Dorf zum Tanz erschien. Während des Krieges übriens trieb Turi Kapifarda, fern von der Front, hinter den Deserteuren her, denen er wie ein Jagdhund in Wäldern und Bergen nachspürte und ihnen dabei nur die Wahl zwischen dem Tod an der Front und durch seine Flinte ließ. Er selbst hielt sich weit vom Schuß.

Drei Kinder an Wilsvergiftung gestorben. Ein tragischer Unglücksfall, der wohl auf die allzu große Leichtgläubigkeit einer Mutter zurückzuführen ist, und der leider das blühende Leben von drei kleinen Menschenkindern als Opfer forberte, hat sich in Schwabenwerder bei Spandau zugetragen. Die Kinder der dort wohnenden Familie Keiter suchten in einem Walde bei Schwabenwerder Pilze. Ein Mann machte die Kinder darauf aufmerksam, daß sie auch Giftpilze gesammelt hätten. Die Kinder antworteten, ihre Mutter könne die guten von den giftigen Wilsen unterscheiden. Als die Mutter das Wilsgericht zubereitet hatte, sah sie zuerst selbst davon und gab, als sich nach einer halben Stunde keine Vergiftungserscheinungen zeigten, auch den Kindern zu essen. Nach Verlauf einer Stunde waren drei der Kinder im Alter von drei, fünf und sieben Jahren an Wilsvergiftung gestorben, die Mutter und das älteste, etwa 10jährige Kind mußten gleichfalls unter bedenklichen Vergiftungserscheinungen nach dem Krankenhaus in Spandau gebracht werden.

Ein Rückgang des Fremdenverkehrs macht sich dieses Jahr in vielen Gegenden bemerkbar. Selbst das stark besuchte Riesengebirge macht davon keine Ausnahme. So wird aus Brückenberg gemeldet, daß sich dort ein erhebliches Abflauen des Fremdenverkehrs bemerkbar macht. Von Pfingsten ab sind dort sonst dauernd besetzt die Häuser der kleinen Vermieter, die Landwirtschaft haben. Es läßt sich zurzeit noch nicht übersehen, ob dieselbe Feststellung, wie für Brückenberg, auch für das übrige Gebirge antrifft, doch darf man es wohl annehmen, daß Brückenberg infolge seiner Höhenlage und seiner Waldnähe stets bei den Sommerfrischlern sehr begehrt war. Es ist eben doch ein Rückschlag eingetreten, da ein erheblicher Teil des Publikums, das sonst gern gereist wäre, dies einfach nicht mehr durchführen kann.

Der Kinder besserer Schutz gegen Krankheit ist außer Sauberkeit und Abhärtung eine einfache, regelmäßige Ernährung. Zu letzterer wählt eine kluge Mutter das Reife-Milch-Rindermehl, eine naturgemäße, leicht verdauliche und gern genommene Nahrung, welche die Reinen vor Magen- und Darmkrankheiten schützt und das Entwöhnen der Säuglinge bedeutend erleichtert. Multiplizierte Broschüre über die Pflege des Kindes kostenlos erhältlich durch „Linda“-Gesellschaft m. b. H., Berlin W. 87.

- Schwarzbrauner Schäferhund angekauft. Geg. Grk. b. Unkosten abau. l. Wantiq 3.
- Wagenkapsel von Reibstauer nach Olshag am Sonntag berl. Nachricht geg. Bel. erbittet Gut 20 in Weidbener.
- Junger Herr sucht per 1. 8. 1922 möbl. Zimmer zu mieten. Gefl. Offerten m. Preisang. u. N. V. 9212 an das Tageblatt Niesl.
- Für sofort oder später 1 voll. möbl. Zimmer von Akademiker gesucht gegen hohe Bezahlung. Angebots unt. L. V. 9211 an das Tageblatt Niesl.
- möbl. Zimmer für 1. Aug. von Herrn gef. Offerter Stadn, Kaiserstr. Pöppcher Pl. 3.
- möbl. Zimmer per sofort von 2 Herren gesucht. Angebots u. J. V. 9209 an das Tageblatt Niesl.